

4. A. 6/7. 10. 79

Kläger baten um Vertagung:

Denkpause im Brokdorf-Prozeß

Von Regine Meyer

Schleswig, 6. Oktober

Am fünften Verhandlungstag im Rechtsstreit um die von der schleswig-holsteinischen Landesregierung erteilten ersten Teillerrichtungsgenehmigung für das geplante Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe beschloß die 10. Kammer des Verwaltungsgerichts in Schleswig gestern die Vertagung des Prozesses bis zum 26. November, nachdem die Kläger um eine Denkpause gebeten hatten.

Unmut auf der Seite der Beklagten, den Vertretern des schleswig-holsteinischen Sozialministeriums und des Wirtschaftsministeriums.

„Wir haben auch die Nacht zum Tage machen müssen, um den Prozeßstoff aufzuarbeiten“, meinte ein Anwalt der Landesregierung, der sich vergeblich für die Fortsetzung des Verfahrens noch in der kommenden Woche eingesetzt hatte.

Offensichtlich wollte sich aber die 10. Kammer des Schleswiger Verwaltungsgerichts nicht nachsagen lassen, daß sie den Prozeß im Eiltempo über die Bühne bringen wollte — ein Vorwurf, der nicht nur wiederholt von der Klägerseite geäußert wurde, sondern der auch in den Flugblättern nachzulesen war, die im Gerichtssaal täglich verteilt wurden.

Für Bewegung im wahrsten Sinne des Wortes hatte in der zurückliegenden Woche der Prozeßbevollmächtigte von rund 260 Einzelklägern, der Bremer Politologe Walther Soyka, gesorgt: In regelmäßigen Abständen

zwang Soyka das Gericht mit seinen Anträgen zu Beratungspausen. Bisheriger Höhepunkt: Soykas Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter Jürgen Feist, der daraufhin seine blaue Robe vorübergehend an einen „Ersatzrichter“ abgeben mußte. Zu tumultartigen Szenen kam es dann am Freitag, als die Anwälte der Landesregierung mit einem Ausschußantrag drohten, falls Soyka in der bisherigen Form den Fortgang der Verhandlung behindere.

Bei der Fülle der vielen offenen Fragen, um deren Beantwortung sich die 10. Kammer in der letzten Novemberwoche weiterhin mühen muß, ging eine bemerkenswerte Episode völlig unter: Während der Anhörung des Atomphysikers Peter Handge hatte ein Anwalt der Klägerseite, der Hamburger Rechtsanwalt Winfried Günnemann, Passagen aus einem Gutachten zitiert, das seit Mai dieses Jahres verschwunden ist. Handge: „Bei mir wurde damals eingebrochen.“

Der SPD-Vorstand spricht sich für Kernenergie aus

Eigener Bericht - dpa
r.m. Kiel/Bonn, 6. Oktober

Der SPD-Vorstand hat sich am Freitag in seinem energiepolitischen Leitantrag zum Berliner Parteitag im Dezember für einen begrenzten Ausbau der Kernenergie entschieden. Die Parteiführung stützt damit den Kurs der Bundesregierung, steht jedoch im Gegensatz zu den meisten Landesverbänden.

Auch beim Landesparteitag der schleswig-holsteinischen SPD am kommenden Wochenende in Burg auf Fehmarn geht es um diese energiepolitische Grundsatzfrage. Der schleswig-holsteinische SPD-Vorsitzende Günther Jansen, der in Burg die Stilllegung aller bestehenden und die Nichtinbetriebnahme neuer Kernkraftwerke durchsetzen will, äußerte am Vorabend des Parteitags die

Ansicht, daß es in Berlin nicht eine Mehrheit für neue Kernkraftwerke geben werde.

Der CDU-Fraktionssprecher Jost Springensguth, der als Beobachter auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Burg teilnehmen wollte, hat auf dieses Vorhaben verzichtet, nachdem ihm Jansen angedroht hatte, er werde ihn aus dem Tagungssaal hinauschießen lassen.

6.10.79

In der Stille des Prozesses wirken Günnemanns Helfer

In Schleswig treffen sich zwischen Klägern und Sachverständigen alte Bekannte / Von Friedrich Karl Fromme

Fröhliches Wiedersehen feiert man nicht im großen Schleswiger Brokdorf-Prozeß. Aber man, das heißt vor allem Kläger und Sachverständige, das Publikum zum Teil inbegriffen, kennt sich aus vielen Atomprozessen.

Bei den Klägern — deren Ziel die Bestätigung des Baustopps für Brokdorf ist — ist der Rechtsanwalt Günnemann aus Hamburg die beherrschende Figur. Ein Mann wohl Mitte Dreißig, ein etwas graues Gesicht mit einem traurig über die Oberlippen hängenden Schnauzbart. Günnemann hüllt sich, solange das Gericht anwesend ist, artig in seine schwarze Robe. Er legt sie aber sofort ab, wenn sich das Gericht zurückzieht. Dann sieht man eine verbeulte beige Hose, Pullover, eine kurze Jacke aus glänzendem Leder. Günnemann macht bei jedere Gelegenheit geltend, er komme zu wenig zu Wort, er ersucht die Gegenseite, Wertungen nicht einfließen zu lassen, übersetzt in bewundernswürdiger Fixigkeit den komplizierten Vortrag der „wissenschaftlichen Beistände“, die er mitgebracht hat, in eine für das Gericht vielleicht eher faßliche und in der Stille ihrerseits wertende Form.

Günnemann hat eine Schar von Helfern. Das sind einmal diejenigen, die den technischen Sachverständigen begegnen soll, die das Gericht geladen hat und die Günnemann ebenso regelmäßig wie vergeblich als befangen ablehnt. Als Widerpart zu dem vom Gericht geladenen Statiker Professor Steinfeld hat Günnemann einen jungen Mann mitgebracht: blond von Haar und Schnurrbart, weißes Hemd, kurzärmeliger grauer Pullover. Es ist Herr Häuser, graduierter Ingenieur, seine Berufstätigkeit will er nicht nennen, aber im Gespräch fügt er zu, sein Baustatik-Wissen habe er sich mühsam angeeignet.

Günnemann hat aber auch Helfer, die in der Stille wirken wie Ameisen. Ein Wink des Meisters, und schon eilt einer, die langen, lockigen Haare schwenkend, lautlos auf Turnschuhen irgendeine neue Kiste mit Akten herbeizuschleppen. Und Günnemann hat auch seine neun Einzelkläger, die er neben einigen Gemeinden vertritt. Das sind wackere Leute mit Berufsleben, sie sind Land-

wirtschaftsmeister oder Schiffbauer. Hin und wieder hebt einer von denen die Arbeitshände, bringt gegenüber einem Sachverständigen-Vortrag die gesunde Erfahrung eines praktischen Menschen zur Geltung. Die Bemerkung des Gerichts, das sei alles schön und gut, aber hier gehe es um Rechtsfragen, wird mit einem respektvollen, aber verständnislosen Nicken quittiert. Eilig kommt der Biedere zum Sitzen, nicht ahnend, daß er soeben den Volkszorn gegen Atomkraftwerke hat vorführen dürfen.

Daneben gibt es noch Kläger, die sich selbst verteten. Ganz vorn in der ersten Reihe sitzt ein älterer Herr mit Cäsaren-Kopf, das spärliche weiße Haar über einem kantigen Schädel straff gescheitelt, zusammengenommene Haltung. Er tadelt die neue Strahlenschutzverordnung der Bundesregierung; sie habe gegenüber der alten die zuverlässige Strahlenbelastung um das Milliardenfache herabgesetzt. Kaum zu glauben. Auch der Sachverständige klärt den Kläger auf, einmal, noch einmal. Aber der tut es nicht unter der Milliarde.

Seine Sache ganz allein vertritt ein Herr Wilde aus Hamburg. Er ist einfach, aber überaus korrekt gekleidet, spricht in der Umständlichkeit eines kleinen Beamten der alten Schule, will es aus Respekt vor dem hohen Gericht auch immer ganz kurz machen. Herr Wilde ist ein alter Kämpfer aus vielen Atomprozessen. Er wohnt in Hamburg, fühlt sich aber von allen norddeutschen Atomkraftwerken unmittelbar betroffen. Das geduldige Nein, das die Sachverständigen sagen zu seinen populären Ansichten, ist er schon gewohnt. Er tut tapfer seine Gewissenspflicht, beinahe wirkt er so, als erfülle er eine Amtspflicht.

Der andere Kläger-Vertreter darf nicht vergessen werden: Soyka aus Bremen, 50 Jahre alter Mann, der unverfälschtes Wienerisch spricht. Soyka vertritt, ganz genau ist es nicht zu sagen, rund 250 Kläger. Er ist nicht Rechtsanwalt. Das Gericht hat ihn auf der Tafel am improvisierten Verhandlungssaal angezeigt als „Absolv. rer. pol.“, das sicher nicht als Sottise gemeint war. Sein „Kollege“ Günnemann schaut ein

wenig argwöhnisch auf Soyka, ob dieser Amateur nicht eigentlich Schaden stifte der guten, der jedenfalls hier zu vertretenden Sache. Aber Soyka ist weit davon entfernt, sich beirren zu lassen. Er ist der Vertreter des Lebens, was könnte einer mehr sein.

Die Sachverständigen: immer wieder ist der Diplom-Physiker und Radioökologe Handge dran. Ein Mann von 50, klein, schmal, unauffällig, straff gescheitelt, noch kaum ergrautes Haar. Ein mitreißender Redner ist er nicht, aber ein geduldiger Sachverständiger, der zum Beispiel zum leichten Erschrecken der Beklagten sagt, den „Traumstandort“ für ein Atomkraftwerk gebe es nicht. Handge zuzuhören ist nicht ganz einfach, seine Rede ist schleppend. Die Frage bleibt: Ist er Sachse?

Erfrischend ist der Sachverständige Dr.-Ing. Steinfeld, Honorarprofessor in Hannover, Inhaber eines Ingenieurbüros in Hamburg, das es mit Tiefgründungen von schweren Bauwerken zu tun hat. Steinfeld ist ein Mann Ende der 50, bewährt in der Praxis. Die Erscheinung geht ein wenig ins Massive über, was gemildert wird durch eine von Zufriedenheit genährte Freundlichkeit, die überaus norddeutsch vorgetragen wird. Steinfeld will niemand wehe tun, wohl als Ausgleich dafür, daß ihm niemand wehe tun kann.

Der Vorsitzende Richter Feist fragt den Professor Steinfeld, ob er denn eine Pause benötige. Steinfeld verneint lächelnd. Feist bewundert Steinfelds Konstitution. Sie scheint Feists größte Stärke nicht zu sein. Nach einiger Zeit des Verhandelns schwindet seine sportsmännische Art, geraten seine versöhnlichen Scherze in sprachliche Irrgärten. Dann duldet der Vorsitzende es auch, daß der Berichterstatter, Richter Wegner, die Führung der Verhandlung übernimmt. Wegner fährt auch gelegentlich aus der Haut. Der andere Beisitzer, Hofmann geheißen, meldet sich nur selten. Und da sind noch die beiden ehrenamtlichen Richter, zwei Damen. Als der Sachverständige, Professor Steinfeld, ganz Kavaller der alten Schule, die Herren Richter anspricht, verbessert er sich und bittet, wie so oft, um Nachsicht und Entschuldigung: die Damen meine er, selbstverständlich, auch.

SCHLESWIG, 5. Oktober. Am Freitagabend ist die erste Verhandlungsphase im Schleswiger Brokdorf-Prozess zu Ende gegangen. Von Montag bis Freitag ist über eine Vielzahl von Klagen gegen die vor drei Jahren erteilte, dann gerichtlich vorläufig außer Vollzug gesetzte erste Teilgenehmigung für das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf bei Itzehoe vor der X. Kammer des Verwaltungsgerichts Schleswig verhandelt worden. Zunächst war beabsichtigt, die Verhandlung am kommenden Mittwoch fortzusetzen. Nach einer langwierigen Auseinandersetzung wurde als Termin die letzte Novemberwoche bestimmt, und zwar der 26. und 27. November. In dieser Richtung ging schließlich ein Gerichtsbeschluss, den der Vorsitzende Richter Feist allerdings dahin abschwächte, es sei nur die Ankündigung eines Beschlusses. Gegen die Fortsetzung der Verhandlung in der nächsten Woche hatte sich der Vertreter einer Klägergruppe, der Hamburger Rechtsanwalt Günnemann, gewandt. Er könne in jener Woche nicht, außerdem fühle er sich „bis zum Ende der Kräfte“ beansprucht.

Die Beklagten (die Vertreter der schleswig-holsteinischen Ministerien, die die Genehmigung erteilt haben) sowie die Beigeladenen (die Vertreter der Betreiber des Kraftwerks Brokdorf) sprachen sich dafür aus, wie geplant in der nächsten Woche weiterzuverhandeln. Als Richter Feist die „Bitte“ geäußert hatte, man möge Ende November in Aussicht nehmen, stellte ein Prozeßvertreter der Beigeladenen den Antrag, es bei der schon in der Ladung von Ende August in Aussicht genommenen Fortführung der Verhandlung in der nächsten Woche zu lassen. Es gehe nicht an, daß eine Klägergruppe das Gericht unter Druck setze.

Mit den halblaut gesprochenen Worten des Vorsitzenden „Machen wir nun klare Verhältnisse“ zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Danach blieb es bei Ende November. Der Vorsitzende Richter Feist verwahrte sich mit einer bis dahin bei ihm nicht zu beobachtenden Entschiedenheit dahin, daß Kritik an seiner Verhandlungsführung geübt werde. Günnemann habe sich darauf einstellen müssen, daß die Verhandlung „über das Erwartete hinausgeht“. Nicht nur die Prozeßparteien seien von der Verhandlung strapaziert worden.

Am Freitag ging es in der Sache um die Sicherheit des geplanten Reaktor-

druckbehälters. Zu äußern hatten sich hierzu vier Sachverständige, teils vom TÜV Norddeutschland, teils von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit. Der Reaktordruckbehälter soll nach dem Sachverständigen Bahlo eine Wandstärke von 245 Millimetern haben und spätestens bei jeder vierten Auswechslung der Brennelemente von Grund auf, zum Beispiel mit Ultraschall, überprüft werden. Der wissenschaftliche Beistand, Günnemanns, Häuser, konzentrierte sich auf die Frage der Reißfestigkeit, wobei zutage trat, was Häuser nicht hatte sagen wollen: daß er bei der Flugzeugindustrie beschäftigt sei. Bahlo beharrte darauf, daß die Reißfesti-

CSU kritisiert ZDF

MÜNCHEN, 5. Oktober (dpa). Gegen einen Auftritt von Wolf Biermann in einer ZDF-Sendung hat Bayerns Finanzminister und ZDF-Fernsehrat-Mitglied Streibl (CSU) am Freitag protestiert. Biermanns Ausführungen im „heute-journal“ am 3. Oktober seien in eine „unflätige Beschimpfung und öffentliche Beleidigung“ führender Repräsentanten ausgeartet, meinte Streibl in einem Schreiben an den ZDF-Intendanten von Hase. Der verantwortliche Moderator Klaus Bresser habe die Beschimpfungen zumindest billigend in Kauf genommen und damit die in einer Nachrichtensendung gebotene Pflicht zu einer sachlichen Berichterstattung verletzt. Da dies nach Streibls Auffassung nicht das erste Mal ist, sollte der ZDF-Intendant mit „organisatorischen und personellen Maßnahmen solche bössartigen Entgleisungen“ künftig vermeiden helfen.

Baum: Gesundheit wichtiger als Energiesparen

BONN, 5. Oktober (ap). In der Antwort auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU erklärte Bundesinnenminister Baum am Freitag in Bonn, die Bundesregierung werde ihr umweltpolitisches Ziel abgasarmer Autos nicht abschwächen.

Auch im Zeichen der Energieeinsparung habe die Gesundheit der Bürger Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Nach modernen Konzeptionen für abgasarme und geräuschgedämpfte Autos könnte zugleich der Verbrauch gesenkt werden.

keit von Flugzeugblechen, woraus Häuser seine Erfahrung offenbar beziehe, nicht vergleichbar sei mit der eines viel dickeren, aus anderem Material gefertigten Reaktordruckbehälters. Häuser behauptete, es gebe Erfahrungen über Risse in Reaktordruckbehältern. Bahlo sagte, ihm sei nichts davon bekannt; belegen konnte Häuser seine Angabe nicht. Tags zuvor war Professor Zerna von der Universität Bochum über die Sicherheit des geplanten Gebäudes gegen Erdbeben, Explosionen oder Flugzeugabstürze befragt worden. Auch Zerna wurde als befangen abgelehnt, diesmal von Seiten der Gruppe Soyka. Zerna habe im Jahre 1971 im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Unterweser für den niedersächsischen SoDer Antrag wurde wie alle ähnlichen vorher abgelehnt. Die Kläger hätten keine Unterlagen für diese Gutachtertätigkeit von Zerna vorlegen können, außerdem sei eine Tätigkeit im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren kein zu reichender Ablehnungsgrund.

Zum Fall eines Flugzeugabsturzes sagte Zerna, es werde ein auf das Reaktorgebäude stürzendes Flugzeug unterstellt, das eine maximale Stoßkraft von 12 000 Megapont abgebe. Dieses Flugzeug, so Zerna, sei eine Fiktion. Es entspreche aber ungefähr der Phantom. Die Frage, ob der Elbdeich die Explosion etwa eines großen Gastankers auf der Elbe in ihren Auswirkungen auf das Kraftwerk mildern könne, bejahte Zerna. Aber dieser Vorteil sei nicht eingerechnet worden. Vielmehr sei man von dem schlimmsten Fall, nämlich einer Explosion direkt am oder über dem Kernkraftwerk, ausgegangen.

Am Donnerstagabend hatten etwa 150 Kernkraftgegner einen — friedlich verlaufenen — Demonstrationzug durch die Stadt Schleswig veranstaltet. Die Teilnehmer kamen anschließend in den Gerichtssaal. Die technischen Details, die dort erörtert wurden, vertrieben aber die meisten der jugendlichen Demonstranten dann wieder. Am Abend fand im gleichen Hause eine Podiumsdiskussion von Kernkraftgegnern mit Vertretern der drei — von jenen sogenannten — „Atomparteien“, CDU, SPD und FDP statt. Der Vertreter der Grünen Liste Schleswig-Holsteins sagte, die positive Haltung der CDU zur Kernenergie sei inhaltlich zu verurteilen, aber wenigstens offen und konsequent. Die SPD aber treibe, zumal in Schleswig-Holstein, eine „Schaukelpolitik ganz schlimmen Ausmaßes“.

Denkpause im Brokdorf-Prozeß

W. 2.6.10.73 nach dem fünften Tag

Verwaltungsgericht verhandelt erst Ende November

Schleswig (am) Auch der fünfte und vorerst letzte Tag im Ringen um die Frage nach der Rechtmäßigkeit der von der Landesregierung im Oktober 1976 gewährten ersten Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf war von unüberbrückbaren Gegensätzen der streitenden Parteien gekennzeichnet.

Pausenlos hämmerten auf die früher als Gutachter für die Genehmigungsbehörden tätigen Experten die Fragen der Klägerseite ein, so wie schon seit Wochenbeginn. Die sichtlich gestreßten Verfahrensbeteiligten indes haben ausreichend Zeit zur Erholung: Erst am 26. und 27. November wird das Hauptverfahren vor der X. Kammer des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts fortgesetzt.

Im Interesse der Aufklärung der strittigen Fragen wäre es gut, wenn eine erhebliche Pause eintrete, meinte zur Begründung der Vorsitzende Richter Jürgen Feist; sein Wunsch, das Verfahren bereits in der kommenden Woche fortzusetzen, war mit Rücksicht auf die Klägerseite nicht zu realisieren, weil diese das Nichterscheinen ange droht hatte.

Einer der dicksten Brocken um Brokdorf harrt mithin noch seiner rechtlichen Beleuchtung: die Entsorgung des eines Tages anfallenden atomaren Mülls. Nach damaliger Auffassung der gleichen Kammer, mangelnde Entsorgungslösung, war der im Spätherbst 1976 begonnene Bau des 1300-Megawatt-Kernkraftwerkes gescheitert, die bis zum Ausgang des Hauptverfahrens einen Baustopp verhängte.

Nachdem in den Tagen zuvor das Gesamtkonzept des Kernkraftwerkes, Standort und Statikfragen, Probleme der Druckfestigkeit und des äußeren

Schutzes des Reaktors gegen Gewalt einwirkung, Hochwasserfragen und die Einleitung radioaktiven Abwassers in die Elbe sowie generell Emissionsprobleme für den Normalbetrieb und bei Störfällen behandelt wurden und in fast jedem Punkt die Klägerseite die vorgelegten Berechnungen als nicht sicher genug anzweifelte, ging es gestern um den Atommeiler selber. Warum, fragte das Gericht einen Sachverständigen des Technischen Überwachungsvereins, seien die Erwartungswerte für die Abgabe radioaktiver Gase bei einem Störfall fünf- oder sechsmal niedriger als beantragt? Antwort: Weil man unbekannte Systemstörungen nicht von vornherein einplanen könne. Anlaß für die Klägerseite, hier wieder kritisch nachzufassen. Sie vertraten die Ansicht, daß viel höhere Freisetzungsraten radioaktiver Substanzen angesetzt werden müßten, wenn es zu einem Störfall komme. „Warum werden immer nur leichte Unfallabläufe angenommen?“ Der Experte verwies auf Leitlinien des Bundesinnenministeriums und auf den neuesten Stand von Wissenschaft und Technik. Wie in den vergangenen Tagen: Die Kläger zeigten keine Neigung bezüglich der Kernenergienutzung, Forschungsergebnisse oder Berechnungen zu akzeptieren.

Fazit der ersten Woche auf der „Etappe zur Wahrheitsfindung“, wie der Vorsitzende Richter Jürgen Feist dieses Hauptverfahren bezeichnete: Die Kernkraftwerksgegner sind nicht bereit, Argumente jedweder Art anzuerkennen, wenn diese für die Nutzung der Kernenergie sprechen. Das Verfahren diene auch nicht der Überzeugung der jeweils anderen Seite, wohl aber dem Gericht für seine irgendwann zu treffende Entscheidung, die Richtung anzugeben. Entscheidungshilfen indes hat das Gericht in dieser Woche mehr als faßbar bekommen.

er Fraktionsgeschäftsleiter wurde.

Verhandlungen im Brokdorf-Prozeß gehen weiter

fr. SCHLESWIG, 4. Oktober. Zu Beginn des vierten Verhandlungstages im Schleswiger Brokdorf-Prozeß hat der Vorsitzende der X. Kammer des Verwaltungsgerichts bekanntgegeben, daß die Verhandlungen in der nächsten Woche vom Mittwoch an fortgesetzt werden. Zunächst sollte die Verhandlung am heutigen Freitag zu Ende gehen. In der nächsten Woche wird vor allem über die Fragen der Entsorgung gesprochen. (Siehe Seite 4)

„39 Kilo Fisch pro Person und Jahr“

Sachverständige zur Baugründung des Atomkraftwerks und zur Strahlenbelastung / Brokdorf-Prozeß

fr. SCHLESWIG, 4. Oktober. Beim vierten Verhandlungstag im Schleswiger Brokdorf-Prozeß, in dem über zahlreiche Klagen über die vor drei Jahren erteilte erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf verhandelt wird, wurde am Donnerstag wieder der Sachverständige Handke zu der Ausbreitung der von einem Atomkraftwerk ausgehenden Strahlenbelastung, über die möglichen Wege, die eine solche nehmen könne, und über die dabei als äußerste anzunehmende Strahlenbelastung befragt. Dabei machte Handke geltend, die Werte für Brokdorf hielten sich sämtlich im Rahmen einer einschlägigen Richtlinie des Bundesinnenministeriums vom 15. August dieses Jahres. Die Kläger sahen es in einem Punkt für erwiesen an, daß diese Richtlinie einen Rechenfehler enthalte. Die Kläger bezogen sich ihrerseits auf ein früheres Gutachten Handkes, von dem dieser meinte, es könne sich nur um ein „aus meinem Schreibtisch gestohlenen“ Gutachten handeln. Das Gericht wünschte Vorlage dieses Gutachtens; solange die Kläger dies nicht getan hätten, seien alle Werte aus diesem angeblichen Gutachten außer Betracht zu halten. Darauf meinten die Kläger, es komme auf dieses Gutachten nicht so sehr an. In dem Fachgespräch ging es um Einzelheiten wie die, wieviel Fischverzehr Handke bei den Berechnungen

zur Strahlenbelastung zu Grunde gelegt habe. Handkes Angabe „39 Kilo pro Person und Jahr“ erschien den Klägern als nicht ganz zufriedenstellend.

Handke war zu Beginn des Prozesses von dem Vertreter einer Klägergruppe, dem Hamburger Rechtsanwalt Günnemann, als befangen abgelehnt worden. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab. Der Beschwerde Günnemanns gegen diesen Beschluß hat es „nicht abgeholfen“. Das daraufhin anzurufende Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat die Beschwerde zurückgewiesen. Daraufhin hat das Schleswiger Gericht auch der Ablehnung eines weiteren Sachverständigen, des Baustatikers Professor Steinfeld, durch Günnemann nicht stattgegeben. Beschwerde legte er gegen diesen Beschluß nicht mehr ein.

Der Baustatiker Steinfeld wurde gefragt zur Baugründung des geplanten Kernkraftwerks in Brokdorf. Der Sachverständige legte dar, daß mit etwa 320 Tiefbohrpfählen gerechnet werde. Die Bodenbeschaffenheit am Bauplatz sei günstig. Nach etwa 15 Meter Klei und Torf sowie nach elf bis 15 Metern lockerem Sand komme eine stabile, eisenzeitlich feste Sandschicht, in die die Pfähle mit etwa 60 Zentimetern eingebracht werden sollten. Zwei Probepfählungen hätten ergeben, daß das letztere die geeignete Methode sei. Einer Probebelastung von 900 Tonnen habe dieser

Pfahl standgehalten bei minimalem Einsinken.

Die Kläger, und zwar die von Rechtsanwalt Günnemann vertretene Gruppe, die sich immer deutlicher von den anderen Gruppen abhob, hat Steinfelds Äußerungen auf dreifache Weise zu erschüttern versucht. Erstens habe Steinfeld die einschlägige DIN-Norm nicht beachtet, die eine Sicherheitsrelation von 1:2 vorsehe. Steinfeld erwiderte, das sei keine verbindliche Regel; Gründe der Wirtschaftlichkeit erlaubten es, davon abzuweichen, wenn Sicherheit nicht gefährdet werde. Die Vertreter des Landes Schleswig-Holstein legten dar, besagte DIN-Norm habe im Lande keine Geltung. Zweitens wurde gegen Steinfeld vorgebracht, daß ein weiteres Gutachten seine Sicherheitsannahmen nach oben korrigiert habe. Steinfeld sagte, es sei das Recht eines Bauherrn, zumal bei so großen Plänen, weitere Gutachter beizuziehen. Drittens wurde der Versuch unternommen, Steinfelds Berechnungsweise im Detail in Zweifel zu ziehen. Zu einer Kontroverse kam es, als die Kläger einen Bericht einer Hamburger Zeitschrift über Mißgeschicke bei einem brasilianischen Kraftwerk in die Verhandlungen einführten. Die Beklagten sagten, dieses Kraftwerk sei nicht auf Pfähle gegründet worden, so daß keine Vergleichbarkeit gegeben sei.

W.2.5.10.79

Umweltschützer greifen das Gericht an

Befangenheitsantrag am vierten Brokdorf-Verhandlungstag zurückgewiesen

Schleswig (am) Vierter Verhandlungstag um die Rechtmäßigkeit der ersten Teilerrichtungs-genehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf: Kaum haben die Verfahrensbeteiligten Platz genommen und hat sich der Ballsaal des Schleswiger Hotels Hohenzollern ein wenig gefüllt, geht die Klägerseite zum Frontalangriff auf das Gericht über.

Die Zehnte Kammer des Verwaltungsgerichts sei parteiisch, sei an einem sehr schnellen Urteil interessiert, das schon längst festliege, und die Interessen der Bevölkerung seien im bisherigen Prozeß nicht genügend berücksichtigt worden. Jürgen Feist, der als Vorsitzender Richter bisher Langmut zeigte, weist die Attacke hart zurück, und ein Anwalt der beklagten Landesministerien rügt die „unglaublich polemische Weise“ der Kläger, denen er erneut vorwirft, ihre 139 Seiten umfassende Klageschrift erst vier Tage vor dem Hauptverfahren vorgelegt zu haben.

Die Gemüter beruhigen sich schließlich, der Ballsaal, in dem am Abend zuvor Tanzschüler die rechten Schritte eingeschliffen haben, wird wieder zu

einem atomwissenschaftlichen Forum. Und wieder steht der Atomwissenschaftler Peter Handge im Kreuzfeuer der Kläger-Fragen. Es geht nun um krebserzeugende Substanzen aus Kernkraftwerken. Kurz vor der Mittagspause, der Bevollmächtigte für 263 Einzelkläger, Walther Soyka („ich bin Staatswissenschaftler“), folgt den ständigen Ermahnungen des Gerichts nicht und greift über das Kernthema — erste Teilgenehmigung und standort-relevante Fragen — weit hinaus. Ermahnungen fruchten nicht. Soyka, der offenkundig Werte anzweifelt, die von den früher für die Genehmigungsbehörden tätigen Gutachtern verwendet wurden, beginnt einen regelrechten Streit mit dem Gericht und stellt schließlich einen Befangenheitsantrag gegen dessen Vorsitzenden.

Jürgen Feist muß seine Robe einem ständig anwesenden Ersatzrichter überlassen, kann sie aber alsbald wieder anziehen, denn die Kammer in neuer Besetzung weist den Vorwurf der Befangenheit zurück.

Sachlicher wird es wieder am Nachmittag. Nun sind zwei Statiker von der Ruhr-Universität Bochum an der Reihe. Ein Befangenheitsantrag ist rasch abgelehnt. Mithin können sie zu den

Problemkreisen Explosionsgefahr etwa von Gastankern auf der Elbe, Erdbeben, Einsturz des 100 Meter hohen Schornsteins und Flugzeugabsturz mit den jeweiligen Auswirkungen auf das Reaktorgebäude Stellung nehmen. Fazit: Die 1,80 Meter dicke Stahlbetonwand hält all den vorgegebenen Belastungen stand, ebenso die mehr als 300 Pfähle, auf denen der Atommeiler dereinst stehen soll. Die Berechnungen werden von den Klägern angezweifelt.

Stoltenberg war von Anfang an für 74

Kiel (US) Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg hat Meldungen als unrichtig zurückgewiesen, wonach behauptet worden war, er habe bei der Abstimmung über die Wahlrechtsänderung in der CDU-Landtagsfraktion für eine Senkung der Mandatszahl auf 72 votiert und sei damit überstimmt worden. Vielmehr hat Stoltenberg — so die Landesregierung — von Anfang an für 74 Mandate gestimmt. Er habe deutlich machen wollen, daß die Wahlrechtsnovelle nicht der dänischen Minderheit die Erringung ihres einen, von der Fünf-Prozent-Hürde ausgenommenen Sitzes erschwere.

W 3.4.10.79

Aufzählung der Spaltprodukte vertrieb Schüler und Rentner

Fortsetzung des Brokdorf-Prozesses in Schleswig

Schleswig (am). Bohrende Fragen an die Gutachter aus dem früheren Genehmigungsverfahren der Landesregierung für das Kernkraftwerk Brokdorf kennzeichneten auch den gestrigen dritten Verhandlungstag vor dem Verwaltungsgericht Schleswig um die Rechtmäßigkeit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung

Hatten sich gestern früh zunächst die Stuhlreihen im Ballsaal des Schleswiger Hotels „Hohenzollern“ durch eine Schulklasse und die Ausflugsgruppe eines Altersheims gefüllt, so lichteteten sie sich alsbald wieder, nachdem sich der Prozeßbevollmächtigte von 263 Einzelklägern, Walter Soyka (Bremen), den radioaktiven Spaltprodukten, zuwandte. Soyka scheiterte mit seinem Versuch, jedem seiner Kläger einige Spaltprodukte zuzuordnen, um so die Betroffenheit der von ihm Vertretenen durch das Brokdorfer Kernkraftwerk nachzuweisen; vergeblich auch sein Bemühen, alle 2061 heute bekannten Spaltprodukte zu nennen — nach der Aufzählung von etwa 500 unterbrach ihn schließlich der Vorsitzende Richter. Mit Vehemenz aber warf Soyka der beklagten Seite vor, mit falschen Berechnungen über diese Spaltprodukte aufgewartet zu haben, so daß die vorausgesetzten Werte rechtlich nichtig seien.

Wiederholt mußte das Gericht die Kläger auffordern, zum Verhandlungsgegenstand — erste Teilgenehmigung und Standortfragen — zurückzukehren. Als dies einzelne Kläger taten,

wurde die Problematik des Standortes indes wieder deutlich. Nicht nur Brokdorf nämlich würde zum Beispiel Abwässer mit einer gewissen Radioaktivität in die Elbe leiten. Wie kann aber verhindert werden, daß sich diese Abwässer mit denen der Anlagen von Stade, Brunsbüttel, Geesthacht und später auch von Krümmel verbinden und dadurch die Radioaktivität zu hoch wird? Ist eine Koordination der Abgaben möglich? Wie steht es um die Flutung der Siele in der Wilstermarsch zu Zwecken der Bewässerung? Welche Mengen gelangen dann in die Marsch und durch Schlickdüngung letztlich auf die Weiden und Felder?

Der Atomphysiker Peter Handge von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit räumte ein, daß die Siele ein Nachteil seien. „Aber Traumstandorte für Kernkraftwerke gibt es nicht.“ Mithin müßte man später durch Auflagen, innerbetriebliche Maßnahmen und Kontrollmessungen diese ungünstigen Bedingungen ausgleichen. Nach Ansicht der Kläger ist dies jedoch praktisch nicht möglich.

Angefochten von den Klägern wurden schließlich auch Aussagen zu möglichen Auswirkungen von Deichüberflutungen oder -brüchen bei Hochwasser und ein Gründunggutachten über die Frage der Bodenbeschaffenheit am Standort. Gefährlos und standfest — hieß das Resümee der Experten. Gefährlich und unzureichende Berechnungen über die tatsächliche Tragfähigkeit des Bodens — dies war die Ansicht der Kläger.

Späth will Überwachung der Kernreaktoren verbessern

Landesweites Sicherheits- und Informationssystem

Stuttgart (ap) Eine verschärfte und aktualisierte Überwachung von Kernreaktoranlagen will das Land Baden-Württemberg einführen.

Ministerpräsident Lothar Späth gab dazu gestern in Stuttgart einen Beschluß des Ministerrates vom Vortage bekannt. Danach wird die Regierung „im Interesse eines optimalen und umfassenden Schutzes der Bevölkerung“ ein landesweites integriertes Sicherheits-Informationssystem einrichten, das modernste Technik sowie die Erkenntnisse der Wissenschaft im Bereich der Reaktorsicherheit nutzen soll. Als wichtigste Aufgabe des neuen Systems, das unter anderem auf den Erfahrungen des seit einem Jahr in Bayern arbeitenden Kernreaktor-Fernüberwachungssystem basieren soll, nannte Späth einen verbesserten Informationsaustausch zwischen den Kraftwerksbetreibern, der Aufsichts-

behörde, dem Katastrophenwarndienst und den sachverständigen Wissenschaftlern.

Der Regierungschef wandte sich allerdings dagegen, die neue Einrichtung als „Frühwarnsystem“ zu bezeichnen. Das Entstehen einer kritischen Situation innerhalb eines Reaktors werde auf diese Weise nicht erkannt; dies sei Sache des Betreibers. Die Überwachung diene vielmehr der Speicherung von Daten über Störungsprozesse und der Feststellung von Emissionen in der Umgebung der Kernkraftwerke.

Wie Späth weiter ausführte, strebt die Landesregierung ferner ein festes Meßstellennetz um jede kerntechnische Anlage an, auch um die grenznahen Reaktoren in Frankreich, der Schweiz und in Bayern. Der Regierungschef kündigte an, daß der Aufbau des Systems mit entsprechender personeller und sachlicher Ausstattung „sofort in Angriff genommen“ werde.

Frankreichs Atomprogramm zeigt Risse

Hans Bartsch, Paris

Als „Wette mit ungewissem Ausgang“ bezeichnet jetzt das seriöse Pariser Wirtschaftsblatt „Les Echos“ die Entscheidung der staatlichen Elektrizitätswerke, das Atomkraftprogramm fortzusetzen, obwohl die in den letzten Monaten bekanntgewordenen technischen Mängel an rund 20 französischen Kernkraftwerken in Paris von keiner verantwortlichen Stelle bestritten werden.

Der staatliche Stromerzeuger versichert, daß die in zentralen Teilen der Kraftwerke festgestellten Risse „zumindest in den nächsten fünf Jahren keine ernste Panne auslösen“ können. In dieser Zeit sollen heute noch nicht vorhandene Roboter zum Aufspüren und Reparieren der Risse entwickelt sein. Diese Zuversicht wird in Frankreich bei weitem nicht von allen Atomexperten geteilt. Die Gewerkschaften des Kraftwerkpersonals sind notfalls zum Streik entschlossen, um sofortige Reparaturen zu erreichen.

Abgesehen von der Diskussion über die Bedrohlichkeit dieser Mängel zeigen sich jetzt Schwachstellen der französischen Nuklearpolitik. Die Pariser Verantwortlichen rühmten bisher immer die Vorteile des Baus großer Serien von Atommeilern. Auf diese Weise könnten Erfahrungen mit den arbeitenden Werken und der technische Fortschritt laufend berücksichtigt werden, hieß es, gleichzeitig ergäben sich große Kostenvorteile in der Serienproduktion.

Ganz so einfach scheint das freilich nicht. Denn bereits vor 18 Monaten wurden die ersten der jetzt diskutierten Risse entdeckt, heute sind sie an rund 20 Kraftwerken festgestellt. Die mühsame Nachbesserung wird viel Geld kosten, erst recht, weil Paris es sich aus politischen Gründen nicht erlauben will, die bereits arbeitenden Kraftwerke zu stoppen. Für den Fall eines kalten Winters kündigten die französischen E-Werke bereits seit langem großflächige Stromabschaltungen an, weil ihre Erzeugungskapazität zu knapp ist. Den Ausfall mehrerer Kernkraftwerke wollte Paris sich jetzt daher nicht leisten.

Damit sind die Probleme möglicherweise nur hinausgeschoben. 1985 will Frankreich die Hälfte seines Strombedarfs mit Kernkraft bestreiten. Paris zieht es vor, sich nicht die Folgen auszumalen, wenn die heutigen Mängel sich dann zu ersten Störungen ausgewachsen haben sollten. Dann würde es in Frankreich kalt und duster.

Den Fehler, den alle westlichen Industrieländer in den vergangenen Jahrzehnten machten, als sie zu ausschließlich aufs Öl setzten, droht Frankreich jetzt mit der Kernkraft zu wiederholen, vor allem wenn es technische Mängel lediglich mit theoretischen Computerberechnungen zu verharmlosen versucht, als sie strikt an der Wurzel auszumerzen.

Thema Brokdorf: Nach verfahrenstechnischem Hickhack geht es jetzt um die Kernprobleme

Kluft zwischen den Modellrechnungen beider Seiten / Diskussion auf dem „Weide-Kuhmilch-Pfad“

ri. Schleswig. Nach dem verfahrenstechnischen Hickhack zum Auftakt des Hauptverfahrens um das geplante Kernkraftwerk Brokdorf stieß man gestern am zweiten Prozeßtag vor dem Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht im Schleswiger „Ballhaus Hohenzollern“ zu Kernproblemen vor. Dabei zeigten Modellrechnungen von Klägern und dem Sachverständigen, Diplom-Physiker Handge, die Kluft zwischen Atomgegnern und Befürwortern auf. Während der Radioökologe von der Gesellschaft für Reak-

torsicherheit der X. Kammer schilderte, daß in dem Gutachten, das der Landesregierung 1975 als Entscheidungshilfe für die Teilbaugenehmigung des geplanten Reaktors an der Unterelbe vorgelegen hatte, von einer Schilddrüsendosisbelastung kleiner als 50 Millirem ausgegangen worden war, hielten die Kläger diese erste Teilbaugenehmigung für unrechtmäßig und machten eine andere Rechnung auf — und lagen schließlich bei einer jährlichen Dosisbelastung der Schilddrüse von über 800 Millirem.

Wie ist diese gewaltige Differenz möglich? Nachdem sich Kläger und Beklagte (Sozial- und Wirtschaftsministerium) sowie die Vertreter der beigeladenen Kernkraftwerkbetreiber in einem Vorgeplänkel über Platzfragen in dem wiederum nur halbvollen Saal geeinigt hatten, begaben sich Gericht und Prozeßbeteiligte auf den „Weide-Kuhmilch-Pfad“. Anders ausgedrückt: Wie kommt das gefährliche Jod 131 in die Kuhmilch und wie hoch kann die Konzentration werden, wenn sich in der Nähe des Weidelandes ein Kernkraftwerk befindet? Ausgangslage waren dabei die besonders problematischen Kurzzeitabgaben. Der Sachverständige räumte in diesem Zusammenhang ein, daß es keine Garantie dafür gegen kann, daß ein Genehmigungswert überschritten wird. Aber in einem solchen Fall befindet sich ein Reaktor auch nicht mehr im bestimmungsmäßigen Betrieb.

Die Kläger warfen dem Sachverständigen vor, er gehe bei seinen Berechnungen stets von zu günstigen Voraussetzungen aus. So unterstelle er in seinem Gutachten, daß nur die Hälfte der angenommenen erhöhten Kurzzeitabgaben in der problematischen Sommerzeit abgegeben werden. Die Kläger meinten dagegen, daß sehr wohl sämtliche Kurzzeitabgaben im Sommer niedergehen könnten und deshalb für die Berechnung relevant seien. Aus Diplomphysiker Handgesel berechneten 24 Millirem Strahlenbelastung wurden so bei den Klägern bereits 48 Millirem.

Ist das Jod 131 erst einmal aus dem Reaktorkamin entwichen, geht es um die Frage des Ausbreitungsfaktors: Wie sehr wird die Konzentration durchgemischt, bevor sie in Bodenhöhe gelangt. Der Sachverständige hielt den Faktor zweimal 10 hoch minus 5 sek./cbm für voll ausreichend, räumte allerdings auf Befragen der Kläger ein, daß Sperrschichten in der Luft, die zu einer schwächeren Durchmischung führen, darin nicht berücksichtigt sind. Er

betonte aber, daß die seinem Gutachten zugrunde gelegenen Werte trotzdem noch strenger angelegt seien als die Strahlenschutzverordnung des Bundesinnenministers. Die Kläger betonten dagegen auch hier, daß der ungünstigere Fall angenommen werden müsse. Dadurch ergebe sich ein anderer Ausbreitungsfaktor und eine Dosisbelastung von nunmehr 96 Millirem.

Eine weitere Station auf dem „Weide-Kuhmilch-Pfad“: Die Ablagerungsgeschwindigkeit. Bei diesem Faktor geht es darum, wieviel Schadstoffe sich nun tatsächlich im Gras ablagern. Der Radioökologe nannte die Zahl von 1×10 hoch minus 2m/Sek. für realistisch. Konter der Kläger: „Diese Berechnungsbestimmung entspricht nicht den neuesten naturwissenschaftlichen Erkenntnissen.“ Durch die von ihnen gewählte Ablagerungsgeschwindigkeit war man nunmehr bei 192 Millirem angelangt.

Die Kuh frisst das — im Denkmodell — verseuchte Gras. Doch nicht alles Jod gelangt auch in die Milch. Welche Jodmenge darin abgelagert wird, soll der Transferfaktor angeben. Doch auch hier klappte eine Kluft zwischen dem einen Prozent des Gutachters und den zwei Prozent der Kläger. Diese unterschiedlichen Faktoren vergrößert die Differenz zwischen den beiden Belastungswerten auf 24:288 Millirem.

Schließlich ging es um den sogenannten Ingestions-Dosisfaktor. Dieser definiert die hypothetische Einzelperson, die der Ermittlung der Strahlenbelastung zugrunde gelegt wird. Die Kläger warfen dem Sachverständigen vor, daß der von ihm gewählte Faktor keineswegs repräsentativ sei, sondern lediglich die Strahlenbelas-

stung von etwa 65 Prozent der Menschen berücksichtige. Der Beistand der Kläger: „Wenn man 35 Prozent der Menschen bei dieser Berechnung nicht erfaßt, ist dies eine Form von moderner Euthanasie.“

Dagegen betonte Diplom-Physiker Handge, daß der von ihm gewählte Wert von der Internationalen Strahlenschutzkommission aufgestellt worden sei.

Doch die Kläger stellten einen eigenen Faktor auf — und kamen so auf mittlerweile 576 Millirem Strahlenbelastung der Schilddrüse im Jahr. Aber damit noch nicht genug. Bei diesen Modellen sei — so die Kläger — nur der trockene „Fall-out“ zugrunde gelegt. Berücksichtige man den ungünstigen „Wash-out“, liege die Belastung sogar bei über 800 Millirem.

Der Sachverständige konnte den Klägern auf diesem „Weide-Kuhmilch-Pfad“ allerdings nicht folgen. „Wenn man aus Einzelfaktoren jeweils die Extremwerte herausfischt, kommt man zu völlig unrealistischen Werten.“ Die einzelnen Werte könnten nicht unabhängig voneinander gesehen werden. Die von ihm genannten Zahlen könne man, so der Diplom-Physiker, mit einem Sicherheitsfaktor 3 bis 6 belegen.

Die beklagten Ministerien als Genehmigungsbehörden betonten in diesem Zusammenhang, daß bei der Prüfung der Strahlenbelastung stets die berechneten Grundlagen vom Bundesinnenministerium zugrunde gelegt worden. Im übrigen sei es Wesensmerkmal der verfahrensbegleitenden Genehmigung eines Kernkraftwerkes, daß die Werte gemäß den jeweils neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen festgelegt werden.

Windwerte nur annähernd vergleichbar

des. Schleswig. Der erste Sachverständige im Brokdorf-Hauptverfahren hatte gestern vormittag bereits einen Vorgesmack auf die Bedeutung meteorologischer Verhältnisse am geplanten Kernkraftwerks-Standort gegeben. Am Nachmittag gab es weitere Erläuterungen zu möglichen Schadstoffausbreitungen durch Abluft vom Kernkraftwerk Brokdorf: Die X. Kammer des Verwaltungsgerichts interessierte sich für die Erläuterung des Fachgutachtens vom Deutschen Wetterdienst in Hamburg. Es hatte der im Prozeß angeforderten ersten Teilerrichtungsgenehmigung als Ergänzung zu einem weiteren meteorologischen Gutachten zugrunde ge-

Angaben zu Wetterlagen in Brokdorf machen zu können.

Die Sachverständige räumte ein, das Wetterdienst-Gutachten für die erste Teilerrichtungsgenehmigung sei nur als ein „vororientierendes Gutachten zu werten mit Daten, die für eine gewisse Wahrscheinlichkeit sprächen“. Völlig vergleichbar seien die Wetterlagen-Daten aus den anderen Bereichen im norddeutschen Küstenland nicht.

Ein weiteres Problemgebiet wurde am späten Nachmittag vom Wasserbausachverständigen Professor Hans-Werner Partensky von der TU Hannover behandelt. Quintessenz seiner Ausführungen: Selbst wenn der äußerst unwahrscheinliche Fall

en kann der
Simulator alles

Zehntel einer echten Flugstunde

Brokdorf-Prozeß: Gerichtssaal wurde zum Hörsaal

Von Regine Meyer

Schleswig, 3. Oktober

Fragen, die „an den Rand der Verständnissfähigkeit gehen“ und „uferlose Probleme“ sah der Vorsitzende Richter der 10. Kammer des Schleswiger Verwaltungsgerichts, Jürgen Feist, bereits zu Beginn des Brokdorf-Prozesses auf alle Beteiligten zukommen.

Gestern, am zweiten Tag der Verhandlung, bei der es um das Kernkraftwerk an der Unterelbe geht, wurden bei der Anhörung der ersten beiden Gutachter Verständnissfähigkeit und Geduld des Gerichts schon einer ersten Belastungsprobe unterworfen.

300 Einzelpersonen und fünf Anliegergemeinden wollen per Verwaltungsgerichtsbeschluß erzwingen, daß der vor knapp drei Jahren verfügte vorläufige Bau-stopp aufrechterhalten und die von der schleswig-holsteinischen Landesregierung erteilte Teilerichtungs-Genehmigung für das Kernkraftwerk als rechtswidrig verurteilt wird.

Der Atomphysiker Peter Handge von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit und die Diplom-Meteorologin Ingrid Kühnel vom Seewetteramt Hamburg waren gestern geladen, um über mögliche Klimaschäden und Strahlenbelastungen, verursacht durch Kernkraftwerke, auszusagen. Die Ausführungen über Begriffe wie „Fumigation, Ausbreitungs- und Standardparameter, Transferfaktoren und trockenes Fall out“ verwandelten den Gerichtssaal in einen Hörsaal für naturwissenschaftliche Vorlesungen.

Als die Verhandlung zunehmend zu einem Streitgespräch zwischen Beklagten (schleswig-holsteinische Landesregierung), Gutachtern und den Klägern ausartete, riß dem vorsitzenden Richter der Geduldssaden. Er habe, so erklärte Richter Jürgen Feist, die Verhandlung bisher bewußt „so laufen lassen“, um sich einen Eindruck von den Prozeß-beteiligten zu verschaffen. Aber: „Das Gericht hat immer noch zu entscheiden, wie verhandelt wird, und nicht etwa Kläger und Angeklagte.“ Mit „geballter Kraft und gewaltiger Energie“ werde er ab sofort darauf dringen, daß sich die Parteien im weiteren Verlauf des Prozesses auch daran hielten. Die Gemaßregelten reagierten prompt.

Die Kläger erklärten den Gutachter Peter Handge für befangen, weil er in früheren Verfahren im Auftrage der jetzt beklagten Landesregierung Gutachten erstellt habe. Eine entsprechende Beschwerde an das Obergericht Lüneburg wurde noch in der Mittagspause auf den Dienstweg geschickt.



Die gußeisernen Öfen warten im Werk auf ihre Verschickung

Foto: DPA

Der „Khomeini-Ofen“ frißt alles

Der nächste Winter kommt ebenso sicher wie die nächste Heizölpreiserhöhung. Als „Khomeini-Ofen“ findet dieser gußeiserne Allesfresser-Kanonenofen seit einigen Monaten reißenden Absatz. Die in Leer in Ostfriesland be-

heimatete Eisengießerei bietet den Ofen-Zwerg im Handel mit 300 bis 350 Mark an. Die Nachfrage steigt. Schon heute muß mit Lieferfristen von acht bis zehn Wochen gerechnet werden. Wie gesagt, der Ofen frißt alles, was brennt...

Kernkraft sieht harten Zeiten entgegen

11980 Megawatt Atomstrom vor Gericht

Versorgung in den 80er Jahren gefährdet

Von unserer Bonner Redaktion

koc. Bonn, 3. Oktober

Die Elektrizitätswirtschaft schlägt Alarm: „Selbst wenn der Kraftwerksbau in der Bundesrepublik nicht weiter verzögert wird, verfügt die öffentliche Stromversorgung Mitte der

80er Jahre nicht mehr über ausreichende Erzeugungskapazitäten.“ Bis zum Jahr 1990 sollten nach der vorgesehenen Planung insgesamt 25 Kernkraftwerke 28 324 Megawatt Strom erzeugen. Eine Rechnung ohne die Gerichte.

Gegen alle neun im Bau befindlichen Kernkraftwerke, bei denen eine erste Teilerichtungs-genehmigung vorliegt, haben nach Angaben des Deutschen Atomforums Kernkraftgegner Klage eingelegt. Zwei Objekte — Brokdorf und Wyl — werden durch Bau-stopp blockiert, bis die Gerichte gesprochen haben. Die restlichen sieben Kernkraftwerke, die nach der Planung zwischen 1980 und 1983 in Betrieb gehen sollen, dürfen vorerst weitergebaut werden. Es geht dabei im einzelnen um die Werke Grafenrheinfeld, Gundremmingen B, Gundremmingen C (alle in Bayern), Krümmel (Schleswig-Holstein), Mülheim-Kärlich (Rheinland-Pfalz), Philippsburg II (Baden-Württemberg) und Grohnde (Niedersachsen).

Insgesamt handelt es sich

um 11980 Megawatt elektrischer Leistung aus Kernkraftwerken, über die Gerichte zu entscheiden haben.

Neun Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 8143 Megawatt sind zur Zeit in Betrieb: Die Anlagen Obrigheim, Neckarwestheim und Philippsburg (alle in Baden-Württemberg), Würgassen (Nordrhein-Westfalen), Stade und Esensham (Niedersachsen), Biblis A und B (Hessen) sowie Isar/Ohu (Bayern). Das Kernkraftwerk Brunsbüttel ist wegen eines Störfalls abgeschaltet.

Folgende Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 7395 Megawatt sind bis 1990 zusätzlich geplant: Lingen II (Niedersachsen), Isar/Ohu 2 (Bayern), Biblis C (Hessen), Neupotz I (Rheinland-Pfalz), Neckarwestheim II (Baden-

Württemberg) und Hamm (Nordrhein-Westfalen).

Weitere Projekte, die erst nach 1990 verwirklicht werden sollen, sind: Rehling (Bayern), Vahnum A und B (Nordrhein-Westfalen), Neupotz II (Rheinland-Pfalz) und Borken (Hessen). Gesamtleistung: 6536 Megawatt.

Wieviel von dieser Leistung aber tatsächlich einmal „ans Netz“ gehen wird, hängt nicht nur von den Gerichten ab, sondern auch von den jeweiligen Landesregierungen, und damit letztlich von den Politikern. Nordrhein-Westfalen will auf absehbare Zeit überhaupt keine Baugenehmigung für Kernkraftwerke mehr erteilen. Gegen Brokdorf erhebt Schleswig-Holsteins Regierung Vorbehalte. Hinzu kommen die Unsicherheiten, die von Parteitagungen ausgehen.

Abendblatt 2.10.79

Gericht entscheidet über Baustopp in Brokdorf

Mutter klagte für ihr Ungeborenes

Von Regine Meyer

Schleswig, 2. Oktober

Wo sonst Festredner die Stimme erheben, wurden gestern die Mikrofone für Justitia gerichtet: Im Ballhaus und Keglerheim „Ho-

henzollern“ in Schleswig trat die 10. Kammer des schleswig-holsteinischen Verwaltungsgerichts zusammen, um über das weitere Schicksal des geplanten Kernkraftwerks Brokdorf an der Unterelbe zu beraten.

Knapp drei Jahre nach dem vom gleichen Gericht verhängten Baustopp soll nun endgültig geklärt werden, ob die von der schleswig-holsteinischen Landesregierung erteilte Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Rechtens gewesen ist oder nicht.

Klagen von rund 300 Einzelpersonen und fünf Anliegergemeinden lagen dem Gericht vor. Um die erwartete Masseninvasion von Klägern auch unterbringen zu können, hatte die Schleswiger Kammer zum Tagespreis von 250 DM den größten Festsaal der Stadt gemietet. Doch der erste Prozeßtag begann mit einer Überraschung: 262 Kläger waren gar nicht erschienen, drei sind inzwischen gestorben, und ein gutes Dutzend ließ über einen Prozeßbevollmächtigten ausrichten, daß sie ihre Klagen lieber zurückziehen wollten.

Während der zeitraubenden „Präsenzerfassung“, bei der alle 300 Klägernamen und Adressen verlesen und protokolliert werden mußten, gab es bei den Richtern in den blauen Roben erneut überraschte Gesichter: Die jüngste Klägerin war zum Zeitpunkt der Klageeinreichung noch gar nicht gebo-

ren. Die Kindesmutter hatte für ihr Ungeborenes Klage geführt — ein bislang einmaliger Fall in der Geschichte des Verwaltungsgerichts, den die Schleswiger Kammer nun erst auf Rechtmäßigkeit abklopfen muß.

...sonst mit Kohlekraft

Eigener Bericht

Hamburg, 2. Oktober

„Wir können auf das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf nicht verzichten“, sagte gestern ein Sprecher der Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK). Ohne Brokdorf könne von Mitte der 80er Jahre an die Stromversorgung Schleswig-Holsteins und Niedersachsens nicht mehr sichergestellt werden.

Bei NWK gibt es Pläne, ein Kohlekraftwerk als „Beihilfslösung“ zu bauen, wenn durch Gerichtsentscheid der Bau des Atommeilers in weite Ferne gerückt wird. Der NWK-Sprecher zum Abendblatt: „Auf keinen Fall wird das Kohlekraftwerk auf dem Brokdorfer Gelände entstehen.“

Auf der „Anklagebank“ im Ballsaal: die Prozeßvertreter des schleswig-holsteinischen Sozial- und des Wirtschaftsministers. Auf der Liste der beigeladenen Verhandlungsteilnehmer: die Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) und die Nordwestdeutsche Kraftwerks-AG (NWK), die gemeinsam das Zwei-Milliarden-Projekt Brokdorf betreiben.

Zehn Sachverständige sollen bis Freitag das Pro und Kontra der wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sicherheitstechnischen Standpunkte beleuchten. Daß diese das unvoreingenommen und objektiv tun würden, bestritten die Kläger gleich am ersten Verhandlungstag: Sie halten die vom Gericht bestellten Wissenschaftler schlicht für befangen, weil sie mittel- oder unmittelbar von der Atomindustrie abhängig seien.

Zweifel daran, daß man bei der Fülle der zu erwartenden Anträge und Stellungnahmen die Terminplanung — fünf Prozeßtage — einhalten kann, kamen dem Gericht bereits vor der Hauptverhandlung: Vorsichtshalber ließ sich die 10. Kammer den Ballsaal auch noch für die kommende Woche reservieren.

Brokdorf-Prozeß begann mit stundenlanger Protokollierung

Neben vier Gemeinden 300 Einzelkläger

Schleswig (am) Wenngleich das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht zum Hauptverfahren über Brokdorf Platzkarten ausgegeben hatte: Der Ballsaal des Hotels „Hohenzollern“ im Schleswiger Stadtzentrum war gestern nur halb besetzt, nämlich von den zahlreichen Verfahrensbeteiligten und einigen zumeist jugendlichen Zuhörern.

Stundenlang die Protokollierung der Kläger — neben vier Gemeinden 300 Einzelpersonen aus allen Teilen der Bundesrepublik. Sie fechten mit ihrer Klage die erste Teilbaugenehmigung an, die von der Landesregierung Schleswig-Holsteins am 25. Oktober 1976 gegeben und für sofort vollziehbar erklärt worden war. In zwei folgenden Eilverfahren des Jahres 1977 hatte — wie berichtet — sowohl das Verwaltungsgericht Schleswig als auch das Obergericht Lüneburg den Anträgen auf Aussetzung des Sofortvollzuges stattgegeben und einen Bau-stopp für das Kernkraftwerk Brokdorf mit dem Hinweis auf die ungelöste Entsorgungsfrage für den Atommüll verfügt.

Die Positionen im jetzigen Hauptverfahren sind klar umrissen: Die Klägerseite befürchtet, daß die Strahlenbelastung durch die im Unterelektrolysebereich bestehenden oder im Bau befindlichen Kernkraftwerke durch den Atommeiler von Brokdorf noch verstärkt werde, durch das unkalkulierbare Zusammenwirken von strah-

lenden Teilchen mit Ableitungen der chemischen Industrie dieser Region die Gefahr für die Menschen noch steige, die Strahlenabgabe sowohl im Normalbetrieb als vor allem bei Störfällen viel zu hoch sei und schließlich das Problem der Beseitigung beziehungsweise Lagerung des eines Tages in Brokdorf anfallenden Atommülls nicht gelöst sei. Diese Argumente sind von der beklagten Landesregierung sowie den vier beigeladenen Kraftwerksbetreibern beziehungsweise -herstellern in ihrer schriftlichen Klageerwidlung zurückgewiesen worden. Stellung genommen haben ihre Prozeßbevollmächtigten gestern noch nicht.

Nach mehreren Unterbrechungen durch Anträge, darunter einem Befangenheitsantrag gegen den Atomphysiker Peter Handge von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, konnte dieser schließlich im Laufe des Nachmittags seine Ausführungen machen. Handge, der im früheren Verwaltungsverfahren bereits umfangreiche Gutachten zu den Problembereichen Strahlenschutz und Radioökologie angefertigt hatte, kam vor dem Verwaltungsgericht zu der Erkenntnis, daß die radiologische Belastung durch das Kernkraftwerk Brokdorf über Abluft, Abwasser und die Ernährungskette weit unter den nach der Strahlenschutzverordnung festgelegten Grenzwerten liege. Mithin werde durch den Betrieb des Kernkraftwerks Brokdorf keine Gefährdung für die Menschen in der Unterelektrolyse-region entstehen.